

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

**Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptpostamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestmöglicherweise bestimmtes Blatt



**Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.**

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementpreise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis pro Jahr 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle 1.10, Einschulnummer 10 Pfg. (Einschulnummer 15 Pfg.)

Verantwortlicher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Verkehrs der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abonnementpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzelle 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Zeitteil die 90 mm breite Millimeterzelle 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 55

Sonnabend, den 5. März 1932.

87. Jahrgang

## Tageschau.

Der Reichstag ist ein Verordnungsamt eingegangen, das zum Schutz der Verbraucher einen Zwang zur Kennzeichnung der Eier nach ihrer Herkunft einführen will.

Zwischen Österreich und Italien ist eine Ausfuhrvereinbarung zur Sicherung der Ausfuhr und Durchfuhr der Erzeugnisse der beiden Länder unterzeichnet worden.

Der Hauptausschuss der Diktanderversammlung hat Freitagabend nach erneuter Beratung die vom Diktanderversammlung beschlossene Resolution über die Regelung der Lage in Shanghai angenommen. Die Diktanderversammlung, die in späterer Abendstunde noch zusammentrat, nahm die Entschließung ebenfalls mit allen Stimmen an.

Der zweite Ausschuss der Diktanderversammlung hat Freitagabend in Berlin, Preuss., 11. Sitzung, nachdem er sich zuvor in Amsterdam befand, die Polizei der Diktanderversammlung gebilligt. So sind bereits zwei Verhaftungen erfolgt.

1) Ausführliches an anderer Stelle.

## Das Spiel um Oesterreich.

In Wien gibt man sich vor allem in Regierungskreisen über das deutsche Angebot an Oesterreich einem wertvollen Handelsabkommen für die den man bei ruhiger Ueberlegung mit immer Verständnis aufbringen kann. Das der Vorposten der Oesterreicher ernst gemeint ist, wird niemand bezweifeln. Frankreich ist sehr vorzüglich zu Werke gegangen, es hat es sich auch etwas leisten lassen, zwar kein Geld, wohl aber Zeit, bis der österreichische Außenminister der Jollimon, Dr. Schöber, ohne auffallenden diplomatischen Druck aus Paris, lediglich durch „Empfehlungen“ befreit war. In der Hoffnung, daß nun die Bahn frei sei, folgte der Schritt des Bundeskanzlers Brüning vom 14. Februar; es war ein Ruf um Hilfe, bei dem wohl die Vorstellung vorberühmend war, die maßgebendsten Handelsvertragspartner Oesterreichs würden sich mit Einverständnis einverstanden erklären. Aber es war damit auch eine Gelegenheit für Tardieu geschaffen, den seit langem angesprochenen Faden wieder aufzunehmen. Das Ziel ist klar: Zusammenschluß der Reichsgesellschaften unter französischem Protektorat. Der Weg dazu ist jetzt ebenso klar: da ein direkter, unmittelbarer Zusammenschluß wirtschaftlich in keiner der bisher vorgeschlagenen Formen ohne Deutschland tragbar ist, soll für den europäischen Südblock ein Jollimon geschaffen werden, das die Wege freimacht für eine lauffähige, allmächtige Angleichung der gegenwärtig noch widerstreben den wirtschaftlichen Interessen in den einzelnen Staaten. Deutschland mußte darauf vorbereitet sein, daß es so kommen würde, denn der Versuch wird, mag er scheitern, so oft er will, von Paris aus immer wieder unternommen werden. Was hat man in der Wilhelmstraße getan? Man hat in Wien Vorzugsbillie angeboten und ist sehr stolz darauf, denn natürlich ist dieser Schritt in Oesterreich lebhaft begrüßt worden. Aber man sollte die Zweifel nicht überhören, die dabei laut wurden. Es ist noch nicht lange her, da man den Rumänen und den Ungarn dasselbe anbot. Aber es ließ sich nicht durchführen, weil weitestgehende Handelspartner des Reiches Einspruch erhoben. Glaubt man wirklich, daß es diesmal anders sein wird? Gewiß nicht! Was bleibt dann also von der Hilfe des Reiches? Ein leicht übersehbarer latentscher Gegensatz gegen Frankreich. Man muß dem deutschen Außenminister mit den Vorwurf machen, daß es die Südstaaten-Politik, vor allem die österreichischen Dinge nur mit großer Laubbildung oder überhaupt nicht betreibt. Warum ist die Sprache bei den jüngsten Handelsvertragsverhandlungen mit Italien über eine gemeinsame Zoll- und Abgabepolitik im Südblock nicht weiter gediehen? Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Taktiken spricht für Deutschland, ohne dessen Markt keiner von den Reichsgesellschaften existieren kann. Aufgabe des Auswärtigen Amtes wäre es, den deutschen Unternehmungsgeist immer und immer wieder auf dieses Gebiet zu lenken. Das ist freilich ein Ziel, das nicht mit einmaligen rassistischen Hagen zu erreichen ist, dazu gebietet nicht nur Einsicht und Verständnis, sondern auch Eifer und Liebe. Es muß immer wieder gesagt werden: der europäische Südblock ist nicht der unwichtigste Teil des Kriegsschauplatzes, auf dem wir gegen Frankreich um Deutschlands Freiheit und Geltung ringen.

## Oesterreich-italienische Handelsvereinbarung.

Wien, 4. März. Die amtliche Nachrichtenstelle meldet aus Rom, daß dort von dem österreichischen Gesandten in Rom, Dr. Gotthard Egger, und dem italienischen Minister des Auswärtigen, Grandi, jetzt eine Ausfuhrvereinbarung unter-

zeichnet wurde, die den Zweck verfolgt, im allgemeinen Interesse der Förderung des internationalen Warenaustausches den Verkehr zwischen den beiden Ländern zu beleben.

Die amtliche Nachrichtenstelle schreibt: Diese Vereinbarung sieht die Bildung eines gemeinsamen Tarifrates vor, der zur Aufgabe haben wird, die Ausfuhr der Erzeugnisse der beiden Länder in fruchtbarer Hinsicht zu erleichtern. Sie enthält weiter Erleichterungen für die Durchfuhr. Das Abkommen bestimmt ferner, daß die vertragsschließenden Teile den Abschluß von besonderen Vereinbarungen zwischen Gesellschaften der beiden Länder erleichtern werden, um die Gewährung von Ausfuhrerleichterungen zu begünstigen. Für die Gewährung dieser Ausfuhrerleichterungen soll eine deutsch-italienische Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Mailand errichtet werden.

## Der Völkerverbund nimmt die Shanghai-Entschließung an.

Genf, 4. März. In späterer Abendstunde trat die Völkerverbundversammlung zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Der Vertreter Chinas, Dr. Yen, erklärte, daß er die vom Hauptausschuss vorgelegte Entschließung annehme. Dr. Yen gab ausdrücklich hervor, daß die Bestimmungen der Entschließung sich nur auf die Waffenstillstandsverhandlungen, nicht auf die spätere Annäherung bezögen. In den Waffenstillstandsverhandlungen dürften China keine besonderen Bedingungen gestellt werden.

Die Entschließung wurde mit allen Stimmen, einschl. derjenigen Japans und Chinas, angenommen.

Der Hauptausschuss wird am Sonnabend die Verhandlungen weiterführen.

## Wiederaufleben der Feindseligkeiten bei Shanghai?

Tokio, 4. März (Funkpruch). Einer Meldung der offiziellen japanischen Telegraphenagentur Rengo zufolge befürchtet man in japanischen Kreisen ein Wiederaufleben der Feindseligkeiten bei Shanghai (südwestlich Nanhsung). Dort sollen nämlich die Chinesen neue Schützengräben ausgehoben haben, obwohl durch die japanische Heeresleitung die Einstellung der militärischen Operationen gestern nachmittag angeordnet worden sei. Auf japanischer Seite betrachte man das Vorgehen der Chinesen als Erneuerung der Kampfhandlungen. Wie Rengo weiterhin erklärt, sollen die Chinesen nordwestlich Kwinan bis zu einem 7 km. breiten Südschu gelegenen Platz starke Truppenkräfte zusammenziehen.

Außerdem habe der Führer der chinesischen Truppen einen Abwehrbefehl erlassen, in dem er die Bevölkerung aufzufordere, Thsapel und Kiangwan nicht zu verlassen.

## Der japanische Nachschub in Shanghai eingetroffen.

Schanghai, 5. März. Die japanische Truppenverstärkeung von 10 000 Mann, die bei Luho und Wufung gelandet wurde, ist in Schanghai eingetroffen. Dadurch erhöht sich die Zahl der japanischen Streitkräfte auf 55 000 Mann. Dem japanischen Hauptquartier zufolge herrscht an der Front Ruhe.

## Die erste Ministerrede zur Reichspräsidentenwahl.

Düneburg, 4. März. Reichsverkehrsminister Treppanus hielt heute vor einer Versammlung der Deutschhannoverschen Partei und dem Hindenburgauschuss in Düneburg einen Vortrag zur Reichspräsidentenwahl, in dem er u. a. ausführte: Niemand hält die Notverordnungen für angenehm. Reichspräsident v. Hindenburg hat selbst in diesen Tagen dem General v. Helldorn-Worbes in erster Sorge erklärt, daß die Notverordnungen nicht dauernde Gesetze werden dürfen, sondern nur Behelfe für die Zeit vorüberlängster Not sein können. Als solche müssen sie verstanden werden. Wer glaubt, daß ohne diese Notverordnungen Deutschland über die Krise des vergangenen Jahres hätte gerettet werden können, der verkennt von Grund aus die deutsche Lage. Es ist Hindenburgs ungeheures nationales Verdienst, daß er den Reichstanzler Brüning mit dem Auftrage betraute, eine rassistische, lose Bilanz der deutschen Lage aufzustellen. Das war die alte Forderung der nationalen Opposition. Wer heute die Aufhebung der Notverordnungen verlangt, der fordert eine neue Politik der Selbsttäuschung, der Illusionen, der Bilanzverschönerung.

## Duesterberg und Hugenberg im Berliner Sportpalast.

Berlin, 4. März. (Eig. Meldg.) Die Berliner Organisationen der im Kampfblock schwarz-weiß-rot zusammenschlossenen Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelm veranstalteten heute abend im Sportpalast eine Kundgebung für die Reichspräsidentenwahl, in der der Kandidat des Kampfblockes, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, Reichstagsabgeordneter Schmidt-Hannover und der Berliner Landesführer des Stahlhelm, Major a. D. von Stephanl sprachen.

Dr. Hugenberg forderte in einer kurzen Ansprache die Anwesenden auf, am 13. März Duesterberg die Stimme zu geben und fügte hinzu: „Was dann weiter zu geschehen hat, bitte ich freundlichst mit zu überlassen.“

Im Saale der „Neuen Welt“ fand eine Parallel-Vernastaltung statt, in der ebenfalls Duesterberg und Dr. Hugenberg das Wort ergriffen. Der Andrang zu der Sportpalastkundgebung war so stark, daß die Polizei 1½ Stunden vor Beginn der Veranstaltung den Zutritt sperren mußte. Unter den Ehrengästen sah man den früheren Kronprinzen, sowie die Prinzen Eitel Friedrich und Oskar von Preußen.

## Duesterberg vor der Presse.

Berlin, 4. März. (Eigene Meldung.) Bei einem Presseempfang des „Kampfblockes Schwarz-weiß-rot“ stellte heute abend der Presseschef der Deutschnationalen Volkspartei, Prof. Dr. Hugenberg, den Oberstleutnant a. D. Duesterberg als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl vor. Er betonte, daß nur die deutsche Presse geladen sei, weil es das Ausland nichts angehe, wie wir in Deutschland unser Haus einrichten.

Oberstleutnant Duesterberg gab einen Ueberblick über seine persönliche Entwicklung und betonte dabei, daß ihm die Treue der alten Armee geläufig sei. Noch am 20. Februar habe Duesterberg seine Kandidatur wieder zur Verfügung gestellt. Damals habe Dr. Hugenberg noch einmal den Versuch unternommen, eine Einheitskandidatur zu erreichen. Dieser Versuch sei aber ebenso gescheitert, wie Hauptmann Böhring in vorhergehenden Verhandlungen am 13. und 14. Februar Forderungen gestellt habe, deren Annahme einer Kapitulation gleichgekommen wäre. Zum Schluß betonte Duesterberg, daß die Aussichten des zweiten Wahlganges seines Erachtens ungewiß seien. Inzwischen komme es nach dem 13. März darauf an, ein „Kabinetts des nationalen Widerstandes“ vorzubereiten.

## Hitler spricht vor 50 000 in Breslau.

Am Donnerstag sprach Adolf Hitler in der Breslauer Jahrhunderthalle, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Rede wurde außerdem in die vier größten Säle Breslaus übertragen. Mindestens 50 000 Personen dürften an der Riesenkundgebung teilgenommen haben. Hitler führte u. a. aus, es gebe Augenblicke im Leben der Völker, die einen Abbruch bedeuteten. Ein solcher sei der gegenwärtige, wo es darum gehe, einen neuen Reichspräsidenten zu wählen. Wenn man heute die Revolution in ihren Folgen beurteile, dann müsse man zugeben, daß der Erfolg gegen sie gesprochen habe. Der Weg der Reaktion habe in den letzten 13 Jahren habe konsequent abwärts geführt. Fleiß und Tüchtigkeit hätten keinen Sinn mehr. Sparsamkeit werde nicht belohnt, die Arbeit könne nicht auf das Ergebnis ihres Wirkens hoffen. Der Mensch, der ein Leben lang eine Existenz aufgebaut habe, verliere sie, ohne selbst schuldig zu sein. Alles sei zertrümmert worden. geblieben seien nur die Männer, die dies verschuldet hätten. Nun versuchten sie wieder das Volk zu heiden. Hätten sie Charakter, so müßten sie vor die Nation hintreten und erklären: „Wir haben geglaubt, auf dem Wege der Demokratie, des Internationalismus und des Pazifismus dem deutschen Volk ein besseres Leben zu geben. Wir gestehen: Wir haben uns getäuscht, wir treten daher zurück.“ Nichts von dem. Sie hätten es fertiggebracht, den Feldmarschall des Weltkrieges vor sich zu stellen, um dadurch ihre eigene Existenz zu retten.

Zwischenzeitlich erhob sich, als Hitler erklärte, ursprünglich sei ein anderer in Aussicht genommen worden, als Präsidentschaftskandidat aufzutreten. Als jedoch die Linksparteien Hindenburg zu bewegen vermocht hätten, die Präsidentschaftskandidatur anzunehmen, da sei er hervorgetreten. Angesichts der Blutopfer, die von den Nationalsozialisten im Kampfe für den Wiederaufstieg des Vaterlandes täglich gebracht würden, betrete er nicht um Stimmen, aber jeder, der fähig, daß er zum Nationalsozialismus gehöre, müsse seine Stimme abgeben, wie es ihm sein Gewissen vorschreibe.